

**Stellungnahme**  
**des WEG Wirtschaftsverbandes Erdöl- und Erdgasgewinnung**  
**zum Grünbuch der EU-Kommission**  
**„Hin zu einer europäischen Strategie für**  
**Energieversorgungssicherheit“**

**Vorbemerkungen**

Die Europäische Kommission hat ein Grünbuch vorgelegt, in dem die Optionen für die mittel- bis langfristige Energiepolitik in Europa aufgezeigt werden. Die deutschen Erdöl- und Erdgasproduzenten begrüßen die Vorlage des Grünbuches. Hierdurch wird die Diskussion über die zukünftige Energieversorgung eröffnet. Als Branche, die Primärenergie zur Verfügung stellt, sind wir auf langfristig verlässliche Rahmendaten durch die Politik angewiesen. Das Grünbuch trägt dazu bei, einen langfristig verlässlichen Rahmen zu schaffen.

**Antworten auf die Fragen im Grünbuch**

**1. Kann sich die Europäische Union eine zunehmende Abhängigkeit von der externen Versorgung mit Energieträgern leisten, ohne damit die angestrebte Versorgungssicherheit und die Wettbewerbsfähigkeit zu gefährden? Auf welche Energiequellen sollte eine richtungweisende Einfuhrpolitik gegebenenfalls ausgerichtet werden? Sollte dabei wirtschaftlichen Kriterien (Energieträgerkosten) oder geopolitischen Kriterien (Gefahr der Versorgungsblockade) Vorrang gegeben werden?**

Aus heimischen Quellen werden in Deutschland rund 20 Mrd. m<sup>3</sup> Erdgas pro Jahr produziert. Dies entspricht gut einem Fünftel des deutschen Erdgasbedarfs. In der EU beträgt der Anteil der Eigenversorgung beim Erdgas über 50 %, im Europäischen Wirtschaftsraum sogar fast 70 %.

Die jährliche Erdölproduktion in Deutschland beträgt rund 3 Mio. t; hinzuzurechnen ist noch eine Menge von gut 17 Mio. t, die von deutschen Unternehmen im Ausland produziert wird.

Das derzeitige Fördervolumen in Deutschland kann auf der Basis der bekannten Reserven noch für viele Jahre aufrechterhalten werden. Technischer Fortschritt sowie hohe Investitionen in Technologie durch die deutsche E&P-Industrie werden dazu führen, dass Erdgas und Erdöl aus heimischen Quellen noch längere Zeit zur Verfügung stehen werden. Auch im Hinblick auf die weltweit verfüg-

baren Reserven kann nicht von einer absehbaren Verknappung gesprochen werden. Für die Politik stellt sich daher die Aufgabe, gleichermaßen Importe zu ermöglichen und durch geeignete Rahmenbedingungen die heimische Produktion zu fördern. Außerdem sollte die Politik die Investitionen deutscher Erdöl- und Erdgasproduzenten in Partnerländern unterstützen, indem sie sich für entsprechende Investitionsbedingungen in diesen Ländern einsetzt.

**2. Erfordert die Vollendung des europäischen Binnenmarkts, in dem die Entscheidungen einzelner Mitgliedstaaten sich auf die anderen Mitgliedstaaten auswirken, nicht doch eine stimmige, koordinierte Gemeinschaftspolitik? Welches sollten die Grundzüge einer solchen Politik sein und welchen Stellenwert sollten die Wettbewerbsregeln erhalten?**

Im Zuge der Globalisierung der Wirtschaft und der Schaffung eines europäischen Binnenmarktes für Energie muss der internationale Rahmen der Energiepolitik immer stärker beachtet werden. Für die Unternehmen der E&P-Industrie ist ihr Geschäft schon seit längerer Zeit ein internationales geworden. Die weltweit tätigen E&P-Unternehmen können aus einer Vielzahl von Projekten und Standorten auswählen. Deutschland und auch Europa ist dabei nur ein Standort unter vielen. Dies bedeutet aber nicht, dass alle Entscheidungen in der Energiepolitik auf die europäische Ebene verlagert werden müssen. Vielmehr kommt es darauf an, in einer abgestimmten Politik den Vorteil der Verbrauchernähe, den die deutsche Erdgasproduktion besitzt, zu erhalten. Dies betrifft verschiedene Politikbereiche, beispielsweise die in Deutschland im internationalen Vergleich zeitaufwendigen Genehmigungsverfahren sowie hohe Standards bei Umweltschutz und Arbeitssicherheit. Aber auch die unterschiedliche Steuergesetzgebung wirkt sich auf die Wettbewerbsfähigkeit eines Standortes aus. Vor diesem Hintergrund sollten sich die Ziele der Energiepolitik darauf konzentrieren, zumindest auf europäischer Ebene vergleichbare Standortbedingungen zu schaffen. Dies kann auf hohem Niveau erfolgen: Nicht hohe Standards sind für im internationalen Wettbewerb stehende Unternehmen das Problem, sondern der Unterschied der Standards in den verschiedenen Ländern. Hohe Standards werden im Wettbewerb dann zur Belastung, wenn andere Länder von niedrigeren Standards profitieren können.

Zweifelloos ist Versorgungssicherheit auch eine Fragestellung von europäischer Dimension. Die Europäisierung der Energiewirtschaft und insbesondere der Energiegewinnung erfordert von der Politik bei der Setzung der Rahmenbedingungen eine gesamteuropäische Blickrichtung. Dies muss aber nicht zu einer Verlagerung der politischen Kompetenzen auf EU-Ebene führen. Auch im Rahmen einer Politik mit europäischer Dimension und Blickrichtung können Entscheidungen in vielen Einzel- und Detailfragen besser auf nationaler Ebene erfolgen.

**3. Behindern die einzelstaatlichen Steuer- und Beihilfepolitiken im Energiesektor den Wettbewerb in der Europäischen Union oder nicht? Sollte angesichts der gescheiterten Versuche zur Harmonisierung der indirekten Steuern nicht doch besser ein Überdenken der Besteuerung von Energieträgern vorgenommen werden, vor allem im Hinblick auf die energie- und umweltpolitischen Ziele?**

Grundsätzlich ist darauf achten, dass eine Förderung von einzelnen Energieträgern über Steuern und Beihilfen nicht zu einer dauerhaften Wettbewerbsverzerrung führt. Die Förderung muss daher – sofern sie überhaupt gewährt wird – zeitlich streng und nachvollziehbar befristet werden.

Bereits heute besteht insbesondere auch bei den heimischen Energieträgern ein gravierendes Missverhältnis in der wirtschaftspolitischen Unterstützung. Während einzelne Energieträger mit einer deutlichen Unterstützung der Politik – angefangen bei einer Bevorzugung im Umwelt-Ordnungsrecht bis hin zu umfangreichen Subventionen – rechnen können, wird die deutsche Erdöl- und Erdgasproduktion mit Förderabgaben belastet. Hier bedarf es einer ausgewogeneren Politik, die die Ungleichbehandlung im politischen „Support“ beseitigt.

Vor dem Hintergrund, dass gerade in Deutschland hohe Umweltschutzstandards vorherrschen und sich die Wirtschaft bei ihren Entscheidungen zunehmend auch an Umweltbelangen orientiert, sind zusätzliche umweltorientierte Steuern nicht zielführend. Die Umweltschutzanstrengungen, die bereits durchgeführt worden sind, würden dadurch unterlaufen und die Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich noch weiter beeinträchtigt.

**4. Welche Aspekte sollen die im Rahmen eines ständigen Dialogs mit den Erzeugerländern abgeschlossenen Übereinkünfte über Versorgung und Investitionsförderung im Einzelnen regeln? Angesichts der Bedeutung, die insbesondere der Partnerschaft mit Russland zukommt, ist zu fragen: Wie ist die Stabilität der Mengen, Preise und Investitionen sicherzustellen?**

Hierzu können wir uns als heimische Erdgas- und Erdölgewinnungsindustrie nicht im Detail äußern. Das politische Engagement auf diesem Gebiet wird von uns aber ausdrücklich begrüßt. Die Politik sollte sich aber auf die Schaffung und Förderung investitionsfreundlicher Rahmenbedingungen beschränken.

**5. Soll die Bildung von Reserven, wie sie für Erdöl bereits bestehen, ausgebaut und auf andere Energieträger, wie Gas oder Kohle, ausgeweitet werden? Welche Ziele sollte eine stärker gemeinschaftlich ausgerichtete Bestandsbewirtschaftung verfolgen? Rechtfertigt die Gefahr einer angebotsseitigen Unterbrechung der Versorgung mit Energieträgern den Rückgriff auf kostspieligere Energieträger?**

Über langfristige Lieferverträge und die Schaffung einer hohen Speicherkapazität haben die Gasversorgungsunternehmen gemeinsam mit den Gasproduzenten ein hohes Niveau an Versorgungssicherheit geschaffen. In Deutschland werden zur Zeit 24 Porenspeicher mit einem Arbeits-

gasvolumen von 12,543 Mrd. m<sup>3</sup> betrieben. Neu geplante Speicherprojekte werden das Sicherheitsniveau noch weiter verbessern.

Auch die im Auftrag der EU-Kommission erstellte Studie von Wood Mackenzie hat der Gasversorgung in Europa und speziell in Deutschland eine hohe Versorgungssicherheit bescheinigt. Unserer Meinung nach ist es in erster Linie eine Angelegenheit der Unternehmen, die in Verträgen zugesagte Belieferung mit Erdgas sicherzustellen. Ein Handlungsbedarf im Sinne einer Bestandbewirtschaftung besteht bei der Erdgasversorgung nicht.

Bei der Erdölversorgung sehen wir ebenfalls keinen Handlungsbedarf; das IEA-Bevorratungssystem hat sich bewährt und sollte nicht verändert werden.

**6. Wie können die Energietransportnetze in der Union und in ihren Nachbarländern so ausgebaut und verbessert werden, dass sowohl den Erfordernissen des guten Funktionierens des Binnenmarkts als auch der Versorgungssicherheit Rechnung getragen wird?**

Hierzu können wir uns als Erdgas- und Erdölgewinnungsindustrie nicht äußern

**7. Die Erschließung bestimmter erneuerbarer Energiequellen erfordert beträchtliche Anstrengungen im Bereich der Forschung und technologischen Entwicklung sowie Investitions- bzw. Betriebsbeihilfen. Wäre nicht eine Quersubventionierung durch Sektoren angebracht, deren Entwicklung erhebliche Fördermittel verschlungen hat, die aber mittlerweile hochrentabel sind (Gas, Erdöl, Kernkraft)?**

Die deutschen Erdöl- und Erdgasproduzenten erhalten keine Fördermittel zur Erschließung der Reserven. Ganz im Gegenteil: Die Produktion von Erdöl und Erdgas wird in Deutschland – neben den üblichen Ertragssteuern – mit einer Förderabgabe belegt. Die deutschen Erdöl- und Erdgasproduzenten haben allein seit 1980 gut 16 Mrd. DM an Förderabgaben an die jeweiligen Bundesländer abgeführt. Für das Jahr 2001 wird mit einer Belastung von 1 Mrd. DM an Förderabgaben und -zinsen gerechnet.

Erdöl und Erdgas werden für lange Zeit wichtige Bestandteile des Energiemix in Deutschland sein. Dies muss in der Energiepolitik berücksichtigt werden; einseitige Bevorzugung bestimmter Energieträger zu Lasten derjenigen, die noch für längere Zeit den größten Versorgungsbeitrag leisten müssen, darf es im Hinblick auf die sichere und wirtschaftliche Versorgung der Volkswirtschaft mit Energie nicht geben.

Der derzeitige Energiemix ist das Ergebnis von Verbraucherentscheidungen. Veränderungen müssen letztlich auch Ergebnis der Entscheidungen der Marktakteure sein. Daher muss grundsätzlich Marktprozessen der Vorrang eingeräumt werden.

**8. Wie kann die Europäische Union - unter der Prämisse, dass die Kernenergie zur Bekämpfung des Klimawandels und zur Sicherung der Energieversorgung unerlässlich ist – beitragen zu einer Lösung der Problematik der nuklearen Abfälle, der Verstärkung der nuklearen Sicherheit sowie für Forschungsarbeiten im Hinblick auf die Reaktoren der Zukunft, insbesondere im Bereich der Kernfusion?**

Hierzu können wir uns als Erdgas- und Erdölgewinnungsindustrie nicht äußern

**9. Welche Strategien ermöglichen es der Europäischen Union, ihre Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll zu erfüllen? Welche Maßnahmen könnten getroffen werden, um das Potenzial der Energieeinsparungsmöglichkeiten voll auszuschöpfen und damit sowohl unsere Einfuhrabhängigkeit als auch unseren CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu verringern?**

Als heimische Erdgas- und Erdölgewinnungsindustrie tragen wir durch unsere Tätigkeit dazu bei, die Importabhängigkeit bei Energieträgern zu verringern. Die Politik sollte daher alle Möglichkeiten nutzen, durch geeignete Rahmenbedingungen diese Anstrengungen zu unterstützen. Mit Erdgas stellen wir einen heimischen Energieträger zur Verfügung, der sich durch verhältnismäßig geringe CO<sub>2</sub>-Emissionen auszeichnet und die Umwelt nur gering belastet. Auch Erdölprodukte werden immer effizienter und damit umweltfreundlicher eingesetzt.

**10. Ist es akzeptabel, dass ein ehrgeiziges Programm, mit dem der Anteil von Biokraftstoffen und anderen Ersatzkraftstoffen, einschließlich Wasserstoff, bis zum Jahre 2020 auf 20 % des Kraftstoffgesamtverbrauchs gesteigert werden soll, weiterhin von nationalen Programmen abhängig ist oder erfordert es eine koordinierte Beschlussfassung über Fragen der Besteuerung, der Vermarktung und der Perspektiven der landwirtschaftlichen Erzeugung?**

Hierzu können wir uns als Erdgas- und Erdölgewinnungsindustrie nicht im Detail äußern. Grundsätzlich ist allerdings darauf achten, dass die Förderung von einzelnen Energieträgern nicht zu einer dauerhaften Wettbewerbsverzerrung führt (vergleiche Antworten zu Fragen 3 und 7).

**11. Sollen Energiesparmaßnahmen in Gebäuden (40 % des Energieverbrauchs), ob öffentlich oder privat, Neubau oder Renovierung, durch Anreize wie steuerliche Maßnahmen gefördert werden oder erfordern auch sie eigens ein Regelwerk wie im Falle des Industrieanlagenbaus?**

Hierzu können wir uns als Erdgas- und Erdölgewinnungsindustrie nicht äußern. Wir weisen allerdings darauf hin, dass dies in Deutschland im Rahmen des Klimaschutzprogrammes bereits geschieht. Insofern ist eine europäische Regelung nicht erforderlich.

**12. Als Voraussetzung für Energieeinsparungen im Verkehrswesen (32 % des Energieverbrauchs) muss bei den Güterverkehrsträgern die Unausgewogenheit zwischen dem wachsenden Straßenverkehr und dem rückläufigen Schienenverkehr korrigiert werden. Soll diese Unausgewogenheit fatalistisch hingenommen oder mit noch so unpopulären Maßnahmen korrigiert werden, insbesondere im Hinblick auf den vernünftigeren Einsatz von Kraftfahrzeugen im innerstädtischen Verkehr? Wie können die Öffnung für den Wettbewerb, Infrastrukturinvestitionen zur Beseitigung von Verkehrsengpässen und Intermodalität miteinander in Einklang gebracht werden?**

Hierzu können wir uns als Erdgas- und Erdölgewinnungsindustrie nicht äußern

**13. Wie kann es gelingen, besser abgestimmte Konzepte zu entwickeln und die langfristige Dimension in die Planungen und Maßnahmen der Behörden und Unternehmen einzubeziehen, um der nachhaltigen Energieversorgung den Weg zu bahnen? Wie können die energiepolitischen Optionen der Zukunft vorbereitet werden?**

Eine Wirtschaftsweise im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung bedeutet, dass bei der wirtschaftlichen Entwicklung gleichermaßen ökologischen, ökonomischen und sozialen Belangen Rechnung getragen werden muss. Nachhaltigkeit muss als Prozess verstanden werden. Hierbei ist ein Abwägen der Bedürfnisse der heute lebenden und zukünftiger Generationen notwendig. Nachhaltigkeit darf allerdings nicht dahin gehend verstanden werden, dass alles das, was heute möglich ist und getan wird, auch in Zukunft noch möglich sein muss. Hätte sich die Menschheit nach diesem Prinzip verhalten, hätte es keine nennenswerte Entwicklung geben können. Die Erfahrung lehrt, dass zukünftige Generation mit anderen technischen Möglichkeiten auch andere Lösungen wählen werden als die heute lebende Generation. Daher ist die Nutzung von Erdgas und Erdöl mit den Grundsätzen einer nachhaltigen Entwicklung vereinbar.

Im Hinblick auf die Ziele, die mit einer nachhaltigen Entwicklung verfolgt werden, leistet die deutsche E&P-Industrie einen bedeutenden Beitrag. Gut ein Fünftel des deutschen Erdgasbedarfs wird aus verbrauchernah zur Verfügung stehenden heimischen Quellen gedeckt. Dies trägt zur wirtschaftlichen und sicheren Versorgung bei. Neben der Produktion der heimischen Primärenergieträger Erdöl und Erdgas tragen die deutschen Erdöl- und Erdgasproduzenten durch die Umwandlung geeigneter Erdöl- und Erdgasfelder in Erdgasspeicher maßgeblich zur Verbesserung der Versorgungssicherheit bei.

Kontinuierliche Weiterentwicklung von Erschließungs- und Fördertechniken sowie immer effizienterer Verwendungstechniken haben dazu geführt, dass Menschen und Umwelt in immer geringerem Umfang belastet werden. Hinzu kommt, dass mit Erdgas ein Energieträger in nennenswertem Umfang aus heimischen Quellen zur Verfügung steht, der die Umwelt vergleichsweise wenig belastet und somit den Zielen der Nachhaltigkeit, dem Ausgleich zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Belangen, gerecht wird. Außerdem werden auch Erdölprodukte immer effizienter und damit umweltfreundlicher eingesetzt.

Die weitere Entwicklung des Energiemarktes und insbesondere des Energiemix sind das Ergebnis von Marktentscheidungen. Energieproduzenten bieten die auf dem Markt nachgefragten Produkte an – dies ist die Basis ihres Geschäftes sowohl heute als auch in der Zukunft. Daher kann eine nachhaltige Entwicklung durchaus als Ergebnis von Marktentscheidungen angesehen werden. Sobald neue Energieprodukte aus wirtschaftlichen, ökologischen und gesellschaftlichen Aspekten „marktfähig“ sind, werden diese von wirtschaftlich handelnden Energieunternehmen aus Eigeninteresse dem Markt angeboten. Die Rolle der Politik sollte sich darauf beschränken, diese Entwicklung zu ermöglichen und positiv zu begleiten.